

SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/143

31. Juli 1974

Auch der politische Kampf braucht Regeln

Ruinöser Wettbewerb der Parteien schadet
der Demokratie

Von Heinz Rapp MdB

Seite 1 bis 3 / 124 Zeilen

Familienpolitik wird ein Thema Nummer eins

Sozialliberale Leistungen gegen konservative
Agitation

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 4 bis 6 / 95 Zeilen

Journalistenschelte der Unionsparteien

Medienpolitik endgültig CDU/CSU-Codewort für
Pression

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 7 bis 9 / 92 Zeilen

Auch der politische Kampf braucht Regeln

Ruinöser Wettbewerb der Parteien schadet der Demokratie

Von Heinz Rapp MdB

Es sollte stutzig machen, wenn jetzt immer wieder vor einer Über-
spitzung des Parteienkampfes gewarnt, wenn immer dringlicher die Soli-
darität der Demokraten beschworen wird. Zwar hat es keinen Sinn, darüber
zu jammern, daß es im Parteienwettstreit rau und gelegentlich auch mal
ruppig zugeht: Wer Demokratie und Parteienwettbewerb will, darf sich
nicht darüber beklagen, wenn der Wettbewerb funktioniert. Aber es gibt
hier wie überall das Problem der Grenze. Wettbewerb macht lustig, sagt man,
und man meint damit, daß Wettbewerb anspornt. Wettbewerb muß immer auch
irgendwo wehtun, womit das Kontrollelement gemeint ist. Stets aber ist
Wettbewerb der Gefahr ausgesetzt, sich selber aufzufressen. Und die Stim-
men derer werden, wie gesagt, vernehmlicher, die da fürchten, der Parteien-
wettbewerb in unserem Lande sei dabei, sich dieser Grenze rasch zu nähern.

Auch im Sport ist es so, daß man Mannschaften auspfeift, die entweder
den Sieg willentlich verschenken oder denen es, und das wäre das andere
Extrem, erkennbar weniger ums Torechießen als ums Knochenbrechen geht,
deren Spiel in Rohheit verkommt und womöglich sogar abgebrochen werden muß.
Zwischen diesen beiden Grenzmarken des sportlichen Wettbewerbs sind sowohl
sogenannte schöne als auch mehr kampfbetonte Spiele möglich, innerhalb des
Systems, um diesen Begriff hier einzuführen, ist Raum für vielfältige Ge-
staltungen; draußen aber, außerhalb der Regeln, wird abgepfiffen und abge-
brochen. Ein anderer durch Wettbewerb geregelter Lebensbereich ist die
Wirtschaft. Wir haben die Wettbewerbsordnung nicht etwa um des Wettbewerbs
willen, sondern weil der Wettbewerb innerhalb bestimmter Grenzen ein ver-
nünftiges Instrument der Steuerung zu dem Ziel sein kann, möglichst vieler
Leute Bedürfnisse zu befriedigen. Lösen sich aber mächtige Wettbewerber
von diesem Ziel, und wird die Eroberung und Sicherung von Macht zum be-
herrschenden Antrieb, so droht der an sich produktive Wettbewerb ruinös

zu werden, weil er dann seine eigenen Grundlagen zerstört.

Und was nun den Wettbewerb zwischen unseren politischen Parteien anbelangt, so fürchte ich in der Tat, daß er anfängt, ruinde zu werden. Nach meiner Überzeugung führt die Bonner Opposition den Kampf um die Rückeroberung der ihr in geregelter Wettbewerb abgenommenen Macht in einer Weise, die die Voraussetzungen des Wettbewerbs selbst zerstören könnte. Wenn ich dabei von einem rücksichtslosen Kampf spreche, so meine ich dabei nicht die Rücksicht auf die SPD oder auf die Koalition, ich meine vielmehr die Rücksicht darauf, daß unsere demokratische Ordnung nicht unbegrenzt belastbar ist. Mein Eindruck ist z.B. der, daß die Opposition zunehmend mithilfe des Bundesrats erreichen will, was ihr 1972 mithilfe des konstruktiven Mißtrauensvotums mißlungen ist: die Lähmung der Regierung. Damit aber verzerrt sie und gefährdet sie eine Verfassungsordnung, die darauf beruht, daß gemäß den im Bundestag bestehenden Mehrheitsverhältnissen regiert werden soll.

Wer 1972 die Parteien der Koalition wählte, der wußte oder konnte wissen, daß eine Steuerreform kommen würde, nach der die Alterssicherung der kleinen Leute dem Staat ebenso viel wert sein würde wie die der reichen Leute. Es ist durchaus das Recht der CDU, der Meinung zu sein, daß die Alterssicherung des reichen Mannes dem Staat mehr wert sein soll als die des kleinen Mannes. Aber dies ist eben die Minderheitsmeinung, und sie über den Bundesrat durchsetzen bzw. mithilfe des Bundesrats eine andere Regelung verhindern zu wollen ist keine Frage der Vertretung spezifischer Länderinteressen, für die der Bundesrat ja da ist. Ich sehe darin vielmehr einen Mißbrauch, der allenfalls legal, nach meiner Überzeugung aber nicht legitim ist, und ich sehe darin eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit und damit letztlich für den Bestand unserer Verfassungsordnung. (In Klammern merke ich an, daß die Opposition wenigstens mitmacht, wenn wir jetzt den Unsinn abschaffen, daß auch noch das Kind des reichen Mannes dem Staat steuerlich mehr wert ist als das des kleinen Mannes; lange genug hat sich die Opposition dem widersetzt.)

Solidarität zwischen den Demokraten wird aufgekündigt, wenn die Opposition einerseits dem Staat die nötigen Einnahmen verweigert und andererseits in zweistelliger Milliardenhöhe über die Haushaltensätze hinausgehende Mehrausgaben fordert. Wer die Bürger glauben machen will, es liege nur an

der Regierung, daß beides zusammen nicht unter einen Hut geht, der zerstört letztlich das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Demokratie. Solidarität zwischen den Demokraten wird aufgekündigt, wenn die Opposition kurzerhand für die Preissteigerungen die Regierung verantwortlich macht, dabei aber in ihrer Agitation die internationalen Zusammenhänge und die Tatsache unterschlägt, daß von der derzeitigen Preissteigerungsrate von 6,9 vH. allein vier Prozentpunkte auf die gestiegenen Rohstoffpreise zurückgehen, d.h., der Beeinflussung durch die Regierung von vorneherein entzogen sind. Keine andere Regierung und keine andere Partei würde daran etwas ändern können. Wenn die CDU da den billigen Jakob macht, Erwartungen weckt, die sie selbst nicht erfüllen könnte, so untergräbt sie auch hier letztlich das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der demokratischen Ordnung. Und die Demokraten in der CDU/CSU würden sich täuschen, die da der Meinung wären, eine mit solchen Methoden zurückeroberte Macht würde demokratisch zu handhaben sein.

Es geht in Ordnung, wenn man sich innerhalb der CDU/CSU gelegentlich auch mal den Kopf der SPD zerbricht - auch das gehört zur Solidarität der Demokraten. Und auch ich möchte es als einen Akt dieser Solidarität verstanden wissen, wenn ich mir den Kopf der CDU zerbreche. Unser System, um dieses wenig glückliche Kürzel zu gebrauchen, ist, so meine ich, nicht in Frage gestellt, wenn beispielsweise junge und auch weniger junge demokratische Sozialisten überlegen, ob man in unserer Wirtschaft bei etwas mehr demokratischer Planung gewisse Überkapazitäten hätte vermeiden können, die uns heute so große Sorgen machen. Ich würde freilich um unsere demokratische Ordnung fürchten, wenn die CDU/CSU um der Rückeroberung der baren Macht willen die Grenzen immer mehr aus dem Blick verlieren würde, die beachtet werden müssen, wenn der Wettbewerb zwischen den Parteien produktiv bleiben soll - anders ausgedrückt: bei deren nachhaltiger Mißachtung der Parteienwettbewerb ruinös werden müßte, weil er dann seine eigenen Grundlagen zerstörte. Hier droht, wenn irgendwo, Systemüberwindung.

(-/31.7.1974/ks/ex)

+ + +

Familienpolitik wird ein Thema Nummer eins

Sozialliberale Leistungen gegen konservative Agitation

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsaus-
schusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Manchmal ist es wirklich verblüffend, mit welcher Dreistigkeit die CDU/CSU sich vor die Wähler dieses Landes hin- und Behauptungen aufstellt, die so verdreht, vernebelt und durch Scheuklappen begrenzt sind, daß ein aufrechter Demokrat sich regelrecht genasführt fühlt. So präsentierte jüngst der Hamburger CDU-Abg. Dietrich Rollmann eine große Anfrage seiner Fraktion der Presse, die die Situation der Kinder in der BRD zum Inhalt hat. Dieses tat er mit den Worten, daß die Familienpolitik der Bundesregierung kinderfeindlich sei. Dies macht sich agitatorisch sicher gut; und das Schlimmste an Herrn Rollmanns Äußerungen ist auch nicht das, was er gesagt hat, sondern das, was er bloß gedacht und - noch schlimmer - konservativerfühlt hat, was also den geistigen Urachlamms ausmacht, aus dem seine Formulierungen sprossen.

Da werden die mangelnde Fürsorge des Bundes und die Kinderfeindlichkeit der Gesellschaft als Ursachen für den seit Jahren anhaltenden Geburtenrückgang aufgeführt. Dieses sagen, heißt schlicht nicht zur Kenntnis nehmen, daß die jungen Familien sich zur Zeit aus den geburtenschwachen Jahrgängen rekrutieren. Ausserdem geht diese Argumentation an der Tatsache vorbei, daß junge Familien heute durchaus in Kenntnis der Verpflichtung verantwortungsvoller Elternschaft in der Regel die Anzahl Kinder bekommen, die sie wünschen; und da gilt es - ob uns dies paßt oder nicht - generell nicht als erstrebenswert, mehr als ein oder zwei Kinder zu haben. Des CDU-Abg. Rollmanns Gedanke wird von konservativen Politikern minderer Qualität gern mit dem sogenannten "Pillenknick" und bedauernd auch mit der Zunahme von Geburten nicht-deutscher Kinder in der BRD in Verbindung gebracht - und da zeigen sich dann Keime einer Familienideologie, die einstens in Mutterkreuz, Überfremdungsangst und Volk-ohne-Raum-Aggressivität mündete.

Das wenigste von dem, was der CDU-Politiker als Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft anprangiert, ist der Bundesregierung anzulasten.

In den Ländern und Kommunen mit CDU-CSU-Regierung wird den Kindern, Jugendlichen und Eltern am meisten von dem vorenthalten, woran sich Kinderfreundlichkeit ablesen ließe: Sexualerziehung in den Schulen, Familienberatungsstellen, Erziehungsberatung, psychologische Betreuung, Jugendhilfeprogramme, die die Familienerziehung ergänzen, demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen in den Schulen und an ihrem Arbeitsplatz - den Länderkulturministerien in Bayern, Baden-Württemberg, dem Saargebiet, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein stehen hier größere Aktionsfelder offen als den Stadtstaaten, Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen.

Andere Mängel sind der starken, manchmal ausschließlichen Gewinnorientiertheit unseres Wirtschaftssystems anzulasten: wo mit Grundbesitz auf Kosten der Allgemeinschaft spekuliert wird, gibts eben keine familiengerechte Wohnungen und keine passenden Spielplätze für Heranwachsende. Wobei zu fragen bliebe, wessen politische Meinung der Haus- und Grundbesitzverein denn eigentlich artikuliert.

Gedankliche Neuansätze für eine Familienpolitik im Interesse des Kindes hat es erst seit Bestehen der sozialliberalen Koalitionsregierung gegeben. Diese Regierung hat endlich den Auftrag des Grundgesetzes erfüllt und die nichtehelich geborenen Kinder den ehelich geborenen gleichgestellt. Diese Bundesregierung hat begonnen, einem Elternrecht, das aus dem 19. Jahrhundert stammt, ein Kindschaftsrecht gegenüberzustellen, in dem das Recht auf Erziehung und Ausbildung erstmals nicht mehr als abgeleitetes, sondern als ursprüngliches Recht des Kindes verankert ist. Diese Bundesregierung hat begonnen, ein Adoptionsrecht zu verwirklichen, das von den Bedürfnissen des Kindes ausgeht und eine Adoption zu einem möglichst frühen Zeitpunkt im Leben des Kindes ermöglichen soll. Diese Bundesregierung hat ein Scheidungsfolgenrecht konzipiert, in dem Lebensunterhalt und Aufenthaltsort des Kindes aus einer geschiedenen Ehe nicht mehr an die Schuldfrage bei der Scheidung gekoppelt ist, sondern sich nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten, die dem Kinde dienen, ausgerichtet.

Im Bereich des Arbeitslebens hat diese Bundesregierung ein Gesetz vorgelegt, das der Bundestag dann verabschiedet hat, in dem berufstätige Eltern mit Kindern im Alter bis zu acht Jahren bei Erkrankung eines

Ihres Kindes fünf Tage zur Pflege des Kindes zur Pflege des Kindes zu Hause bleiben können. Während dieser Zeit werden sie versicherungsmäßig so gestellt, als seien Sie selbst erkrankt. Verlängerter Mutterschutz und die Anerkennung eines sogenannten Babyjahres sind nach wie vor im Gespräch. Auch das Jugendhilferecht ist ein solcher gedanklicher Neuanfang einer Politik für junge Menschen, die im Laufe des kommenden Jahrzehnts zur spürbaren Verbesserung führen wird. Wenn der CDU-Abg. Rollmann Zweifel hat, daß dieses Jugendhilferecht in dieser Legislaturperiode noch verabschiedet wird, so sollte er diese Zweifel bei Ministerpräsidenten der CDU/CSU regierten Länder anbringen. Denn der Bundestag wird dieses Gesetz verabschieden können; da es sich aber um ein zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt, wird die Eine-Stimmen-Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat nach bekanntem Muster an der Konzeption dieses Gesetzes solange herumstutzen, bis von einer tragfähigen Reform im sozialdemokratischen Sinne nunmehr wenig übriggeblieben ist. Bei der Langwierigkeit dieses Verfahrens steht dann das Inkrafttretensdatum ernsthaft in Frage.

Schließlich lohnt es sich ja wohl auch, auf die Verabschiedung der Reform der Lohn- und Einkommensteuer hinzuweisen, die in der Neuregelung des Familienlastenausgleichs eine entscheidende Verbesserung für alle Familien mit Kindern gebracht hat. Kindergeld schon von ersten Kind an für alle Familien und eine Verbesserung der Leistungen für die weniger verdienenden Schichten - davon muß man doch reden dürfen! Zumal dann, wenn die CDU/CSU noch bis zum Mai gegen diese Verbesserungen verfassungsmäßige Bedenken vorgebracht hat. Vor den Landtagswahlen in Hessen und Bayern möchte sie natürlich daran nicht so gern erinnert werden.

Für eine kann man der Opposition aber denkbar sein: daß sie den Koalitionsfraktionen Gelegenheit gibt, im Herbst die Familienpolitik der Bundesregierung im Zusammenhang und offensiv diskutieren zu können. Von den sozialliberalen Leistungen zu Gunsten der Familie kann man nicht oft genug reden!

(-/31.7.1974/ri/ex)

+ + +

Journalistenscheiße der Unionsparteien

Medienpolitik endgültig CDU/CSU-Codewort für Pression

Von Lothar Schwartz

Spracher des Vorstandes der SPD

Für die CDU/CSU ist Medienpolitik endgültig ein Codewort für Pression geworden. Die Unverfrorenheit, mit der diese Tatsache einerseits durch scheinheilige öffentliche Besorgnis um die "Wahrung der Rundfunkfreiheit" kaschiert und andererseits durch massive und gezielte Einzel-Attacken gegen die Wahrung der Ausgewogenheit in den Rundfunk- und Fernsehprogrammen am laufenden Band bestätigt wird, ist ein Zynismus, der offenbar den Intendanten, Programmleitern und Chefredakteuren in den öffentlich-rechtlichen Anstalten die Sprache verschlagen hat. Sie haben den unmittelbar nach dem sogenannten "Medienkongreß der CDU/CSU" Ende Mai in München erhobenen SPD-Vorwurf der "Feigheit vor Strauß" ebenso glatt geschluckt wie die unverschämte-ungeheuerlichen Vorwürfe, die der CSU-Vorsitzende auf dieser Konferenz - bei persönlicher Präsenz zahlreicher Unions-verbundener Programmverantwortlicher - an sie gerichtet hatte.

Auf seinem CSU-Jubelparteitag legte Strauß noch einen Zahn zu, indem er am 12. Juli 1974 in München zum Thema Massenmedien sagte: "Hier haben die Unionsparteien, wie ich mich einmal höflich ausdrücken möchte (ich könnte auch regional und personal differenzieren, aber das würde nur Ärger machen) in mehreren Dimensionen versagt, weil man diesen Bereich nicht ernst genug nahm. Auch hier reichen die Probleme von der Programmpolitik bis zur Personalpolitik. Unsere Mitglieder in den Rundfunk- und Fernsehräten haben hier weitgehend versagt. Dazu gehört allerdings auch, daß mancher, der unter Berufung auf seine Zugehörigkeit zum Unionsbereich Protektion erhielt, seine Unabhängigkeit und seine Zukunft gleichermaßen im wahrsten Sinne des Wortes durch Fußstritte gegen die eigene Partei sicherstellen wollte. Wir kämpfen hier nicht um Monopole oder politische Hegemonie, sondern um Gerechtigkeit, Korrekt-

heit, Objektivität und paritätische Behandlung. Die Vorgänge bei Deutschlandfunk und Deutscher Welle sprechen ebenso für die Schiefmützigkeit in den eigenen Reihen wie für die konsequente Machtpolitik unserer sozialistischen Gegner."

Diese unter den Stichworten Programm- und Personalpolitik an eigene Parteifreunde in den Aufsichtsgremien und in wichtigen Funktionen der Anstalten gerichtete öffentliche Schelte war allerdings nur eine Mahnung zur Fortsetzung und Verstärkung bereits laufender Aktivitäten: Im März 1974 hatte der schleswig-holsteinische CDU-Staatssekretär Dorenburg in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Rundfunkrats beim Deutschlandfunk an den Intendanten Reinhard Appel einen Brief gerichtet, in dem er die unverhüllte Forderung nach der Besetzung vakanter oder neuzuschaffender Positionen im redaktionellen Bereich erhob und auch gleich entsprechende Namen von Parteifreunden nannte. Ein Zitat als Beispiel: "Darüber hinaus scheint es nicht ungerechtfertigt zu sein, wegen der notwendigen personellen Ausgewogenheit in der redaktionellen Spitze Herrn Stefan Thomas, der der SPD angehört, einen geeigneten Redakteur aus den Reihen der CDU/CSU zuzuordnen."

Gegenüber den Hörfunkprogrammen von WDR und NDR lief ebenfalls schon vorher eine generalstabsmäßig angelegte Kampagne zur Einschüchterung kritischer Journalisten, bei der sich die Unionspitze in Gestalt des Fraktionsvorsitzenden Dr. Carstens und des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Dr. Stoltenberg, höchstpersönlich engagierte. Dabei pickten sie zwei von ca. 500 Kommentaren heraus, um den beiden Rundfunkanstalten "Einseitigkeit" zugunsten der sozialliberalen Koalition zu unterstellen.

Für diese Aktion, mit der journalistische Kritiker der Opposition zunächst ins Zwielfich gerückt und schließlich mundtot gemacht werden sollen, hat sich die CDU-Zentrale in Bonn eine Liste von an- und abzuschaltenden Kommentatoren bei WDR und NDR liefern lassen, nach der bei einer aufwendigen Programmbeobachtung systematisch verfahren wird.

Nachdem der gewiß linientreue ZDF-Intendant Prof. Dr. Holzamer vom CDU-Vorsitzenden in Kooperation mit Ziesels publizistischer Sumpflüte "Deutschland-Magazin" für einen baldigen k.o. angezählt worden ist, hat

auch der CDU-Mann Hans-Joachim Reiche als Chef des ZDF-Studios in Bonn die "Schwarze Karte" aus dem CDU-Hauptquartier in Bonn gezeigt bekommen: Mit Strichliste und Stoppuhr haben sie dem Leiter und Moderator der "Bonner Perspektiven" Versummisse in der Berücksichtigung von Themen und Personen aus der Opposition vorgehalten und nachdrücklich "Besserung" gefordert.

Genau am Tage, an dem F.J. Strauß in München die bereits zitierte, kaum verschlüsselte und offeneichtlich für die Union insgesamt verbindliche Lösung für oppositionelle "Medienpolitik" ausgab, nämlich am 12. Juli, besilte sich der offizielle Pressedienst der CDU, die von Strauß namentlich als "Negativ-Fälle" erwähnten, nach Bundesrecht errichteten Anstalten Deutschlandfunk und Deutsche Welle ebenfalls massiv auf's Korn zu nehmen. Die für ihre Qualifikation und ihr verantwortungsbewußtes Handeln im Sinne von Ausgewogenheit und Unabhängigkeit in der journalistischen Darstellung der deutschen Wirklichkeit - und damit in der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der von ihnen geleiteten Anstalten - bekannten und anerkannten Intendanten Reinhard Appel und Walter Steigner wurden dabei - wenn auch mit unterschiedlicher Deutlichkeit - der programm- und personalpolitischen Manipulation zugunsten der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien bezichtigt.

Es ist traurig, aber wahr, daß dieses Machwerk eines von der "Welt" Springers in die gleichwertige Giftküche der CDU-Zentrale gewechselten "Medienexperten" in nahezu "perfekter" Anwendung christdemokratischer "Doppelstrategie" so schließt: "Die Union ist sich der Verwundbarkeit des Rechtsguts Rundfunkfreiheit in besonderer Weise bewußt. Dies wurde auf dem Medienkongreß der CDU/CSU in nun hundertfach aktenkundiger Form betont und belegt. In diesem Sinne sollten sich alle demokratischen Parteien in unserem Lande dafür einsetzen, die freiheitlich-demokratische Institution der öffentlich-rechtlichen Medien unversehrt zu erhalten; denn dies wird uns immer deutlicher: Sie ist nicht unerschütterlich und mit automatischen Bestandegarantien ausgestattet."

Von solcher Heuchelei können sich urteilsfähige Bürger und seriöse Journalisten nur mit Grausen - zumindest aber mit mitleidig-nachsichtigem Kopfschütteln - wenden.

(-/31.7.1974/bgy/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert